

Brief von Anfang Oktober darum, ihre Antworten auf die römischen Fragen *nicht* zu veröffentlichen), so *unklar* ist gegenwärtig noch, wie das zweiwöchige Treffen mit seinen insgesamt 165 Teilnehmern ablaufen wird. Wahrscheinlich wird es *kein* „*Instrumentum laboris*“ geben, wie es bei den letzten Bischofssynoden auf der Grundlage der Äußerungen der Bischofskonferenzen zu den „Lineamenta“ als Grundlagentext für die Arbeit der Vollversammlungen angefertigt wurde. Um so wichtiger dürfte die einleitende „*Relatio*“ zum Thema der außerordentlichen Synode sein, die der Erzbischof von Mecheln-Brüssel, Kardinal *Gottfried Danneels*, erstatten wird. Zu seiner Unterstützung wurde der Tübinger Dogmatiker *Walter Kasper* als Sondersekretär berufen; im Vorfeld der Vollversammlung hat er die Antworten auf den Fragenkatalog des Synodensekretariats zu sichten.

Man kann davon ausgehen, daß die Synode wie üblich zunächst im Plenum und dann in nach Sprachen zusammengesetzten „*circuli minores*“ tagen wird. Die Synode dürfte auch kaum auseinandergehen, ohne zumindest eine „Botschaft“ an Kirche und Welt veröffentlichen. Ob dem später ein ausführlicheres päpstliches Dokument folgen wird und ob zu dessen Vorbereitung auf der Vollversammlung wie bei den letzten Synoden „*Propositiones*“ ausgearbeitet werden, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen.

Klarheit besteht dagegen schon weitgehend in bezug auf die *Teilnehmer der Vollversammlung* (vgl. die entsprechende Liste im *Osservatore Romano*, 4. 10. 85). Nach den Statuten der Bischofssynode nehmen an einer außerordentlichen Vollversammlung die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen teil. Dazu kommen die Patriarchen bzw. Metropoliten der unierten Ostkirchen sowie die Präfekten und Präsidenten der kurialen Dikasterien, und drei Vertreter der höheren Ordensoberen (diesmal der Abtprimas der Benediktiner, *Viktor Dammertz*, Jesuitengeneral *Peter-Hans Kolvenbach* und der Generaloberer der Salesianer, *Egidio Viganò*). Der Papst machte auch diesmal von seinem Recht Gebrauch, weitere Synodenmitglieder persönlich zu ernennen: Zu den von Johannes Paul II. ernannten 20 Synodenmitgliedern gehört auch der Erzbischof von München und Freising, Kardinal *Friedrich*

Wetter. Zu delegierten Präsidenten der Vollversammlung bestimmte der Papst diesmal die Kardinäle *John Krol* (Erzbischof von Philadelphia), *Joseph Malula* (Erzbischof von Kinshasa) und *Johannes Willebrands*, den Präsidenten des Einheitssekretariats.

Auf der Pressekonferenz, bei der Erzbischof Schotte Anfang Oktober über den Stand der Synodenvorbereitung informierte, gab er auch bekannt, daß zur außerordentlichen Vollversammlung auf Wunsch des Papstes *Vertreter anderer christlicher Kirchen* eingeladen würden. Dieses Novum in der Geschichte der Bischofssynode hat mit dem spezifischen Thema der außerordentlichen Vollversammlung zu tun und knüpft an die Anwesenheit nichtkatholischer Beobachter beim Zweiten Vatikanum an. Eine Einladung erging an alle Kirchen, mit denen Rom einen theologischen Dialog führt, sowie an den Weltkirchenrat. Letzterer hat seine Erwartungen an die Bischofssynode bei der jüngsten Zentralaussschußtagung in Buenos Aires (vgl. HK, September 1985, 407–408) in einem Brief zum Ausdruck gebracht: Man hoffe, so der Zentralaussschuß, daß die Synode die ökumenische Offenheit, die das Zweite Vatikanum ausgezeichnet habe, neu bekräftigen und stärken werde.

Für eine weitere Überraschung im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bischofssynode sorgte Johannes Paul II. Mitte September mit der Einberufung einer *Vollversammlung des Kardinalskollegiums* unmittelbar vor der außerordentlichen Synode. Es wird allgemein angenommen, daß die vom Papst eingeleitete zweite Stufe der Kurienreform, die vor dem Abschluß steht (vgl. ds. Heft, S. 497), Hauptprogrammpunkt ist. Auch wenn es praktische Gründe gibt, die für die zeitliche Koppelung von Kardinalsversammlung und Synode sprechen: Es wäre dem Gewicht der Institution Bischofssynode kaum zuträglich, wenn wichtige Strukturfragen der Kirche nur im Kardinalskollegium abgehandelt würden. Um so mehr wird davon abhängen, wie ehrlich und mutig die Bischöfe zwischen dem 24. November und 8. Dezember ihre Einsichten zum Stand des kirchlichen Lebens zwanzig Jahre nach dem Zweiten Vatikanum und ihre Anliegen für den weiteren Weg der Kirche artikulieren. *Ulrich Rub*

Erst in der nächsten Generation?

Zwanzig Jahre Botschaften der Versöhnung der polnischen und deutschen Bischöfe

Zwanzig Jahre sind seit Veröffentlichung der Botschaft des polnischen Episkopates an die deutschen Bischöfe (18. November 1965) und der Antwort der deutschen Bischöfe (5. Dezember 1965) an die polnischen vergangen. Diese „Botschaften der Versöhnung“ am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils (vgl. HK, Januar 1966, S. 17–22) sind bedeutende kirchengeschichtliche Dokumente und fortdauernde Verpflichtung, auch Gradmesser im Verhältnis der beiden Kirchen zueinander.

Die Verlegenheit auf beiden Seiten, wie dieses Ereignisses gedacht werden könnte, beleuchtet schlagartig den Stand der gegenwärtigen Beziehungen. Der polnische Primas *Jozef Glemp* verspürte nach den Angriffen in Teilen der deutschen Presse nach dem Katholikentag in München wenig Neigung, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Die polnische Seite war zeitweise verstimmt, weil ihre Einladung, Vertreter der deutschen Kirche zu den 40-Jahr-Feiern zur „Wiedergewinnung der polni-

schen Westgebiete“ Ende Juni nach Stettin zu entsenden, ignoriert worden war.

Inzwischen scheint man eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden zu haben. Die außerordentliche Bischofssynode bietet dafür eine gute Möglichkeit. Der polnische und der deutsche Episkopat wollen während der Synode, Anfang Dezember, in einem gemeinsamen deutsch-polnischen Gottesdienst und durch einen Empfang den Briefwechsel an dem Ort würdigen, wo er vor 20 Jahren stattfand: in Rom. Außerdem wird Mitte November eine umfangreiche Dokumentation zu den Beziehungen zwischen der Kirche in Deutschland und der in Polen erscheinen.

Mißverständnisse und Schwierigkeiten noch nicht überwunden

Es scheint, daß sich in der Geschichte vieles wiederholt: Wenige Monate vor Veröffentlichung der Botschaften der Versöhnung herrschte in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls Mißstimmung, weil Primas *Stefan Wyszyński* anlässlich des 20. Jahrestages der Wiedergewinnung der polnischen Westgebiete (deutsche Ostgebiete) in Breslau (Wrocław) von Steinen in den Kathedralen gesprochen hatte, die in polnischer Sprache zu den Menschen jetzt sprechen. Seine emotional aufgeladene Predigt (Selig die Augen, die sehen) vom 31. August 1965 in Breslau (Wrocław) – „Wir waren hier. Und wieder sind wir da!“ – mußte den deutschen Heimatvertriebenen das Gefühl vermitteln, sie und ihre Vorfahren hätten als eine Art vorübergehende Raubritter in den deutschen Ostgebieten gelebt. Die Chance, die der Papst als Oberhaupt der ganzen Kirche, nicht nur als Papst aus Polen, bei seiner zweiten Polenreise hatte, Korrekturen anzubringen, zur Versöhnung über die Gräben und Gräber der Geschichte hinweg aufzurufen, nahm er nicht wahr. Die zweite Reise führte ihn auch in die polnischen Westgebiete, unter anderem nach Breslau (Wrocław) und auf den Annaberg bei Oppeln (Opole). Die Verbitterung unter Vertriebenen war damals so stark, daß Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* durch einen nachgeschobenen Brief, der auf dringendes Anraten von Kardinal Höffner geschrieben wurde, die Wogen glätten mußte.

Ob 40 oder 20 Jahre seit Kriegsende – die Positionen scheinen sich in wichtigen Fragen wenig gelockert zu haben. Das zeigt die Auseinandersetzung um die zum künstlichen Problem gewordene Lage der *deutschen Seelsorge in Polen*. Primas Glemp spricht davon, die Vertriebenen würden dadurch nur ihr Heimweh verlängern, und ignoriert dabei den verständlichen Wunsch nach Erinnerung. Er sieht keine Notwendigkeit für eine Pflege der deutschen Minderheit in Polen. Für ihn ist das Problem, das scheinbar deutsches nationales Bewußtsein weckt, ganz einfach. Bei ihm heißen die Gründe, wie er in der Wochenzeitung „Die Zeit“ sagte: Ablehnung des kommunistischen Systems durch die Polen, die ausreisen wollen; das Problem der Freiheit und dann schließlich auch der Wohlstand. Alles andere ist revisionistisches Gerede, stiftet Unruhe,

stört die deutsch-polnischen Beziehungen und den inneren Frieden. Die volle Verständigung sieht der polnische Primas im Gegensatz zu Kardinal Wyszyński erst in der nächsten Generation, also nicht mehr in seiner Amtszeit.

Ob die Bischöfe aus beiden Ländern (den deutschen Antwortbrief unterschrieben auch die Bischöfe der DDR) im Jahr 1965, dem Jahr des Austausches der Botschaften, optimistischer waren? Wenn, dann wußten sie zu diesem Zeitpunkt zuwenig von den Problemen, vielleicht auch von dem Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen in Polen.

Dennoch viele Pluspunkte auch für die Zukunft

Inzwischen sind der polnische und der deutsche Episkopat in vielerlei Beziehung zu wichtigen Partnern geworden. Mit keinem anderen Land sind bisher so hochrangige Delegationen ausgetauscht worden wie zwischen der deutschen und polnischen Bischofskonferenz. In einer deutschen Delegation waren allein drei Kardinäle vertreten. Bei der wichtigen Reise einer Delegation der polnischen Bischofskonferenz im September 1978 waren sowohl Kardinal Wyszyński als auch Kardinal Wojtyła dabei. Einen Monat später wurde Wojtyła Papst.

Es gibt eine ständige Kommission, die inzwischen elfmal getagt hat, unter Leitung von Bischof *Franz Hengsbach* von Essen und Erzbischof *Jerzy Stroba* aus Posen. Unvergleichlich ist die Solidarität der deutschen katholischen Kirche mit den polnischen Katholiken bei der Entstehung der freien Gewerkschaft Solidarität im polnischen Sommer 1980 und nach der Ausrufung des Kriegsrechtes durch General Jaruzelski am 13. Dezember 1981. Das alles sind Pluspunkte, auch für die Zukunft. Dazu zählen andere Bemühungen, nicht zuletzt die des Maximilian-Kolbe-Werkes mit seiner Hilfe für KZ-Opfer; die Pioniertätigkeiten der Pax Christi seit den 60er Jahren, die intensiven Kontakte des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und vieles andere. Zwischen 1970 und 1980 hatte Polen wirkliche Priorität innerhalb der deutschen katholischen Kirche und des deutschen Laienkatholizismus.

Durch den damals mutigen Schritt vor 20 Jahren ist ein Prozeß in Gang gekommen, der nicht mehr umkehrbar ist. Die in Rom ausgetauschten Briefe haben den Abschluß des Warschauer Vertrages im Jahr 1970 und die Ratifizierung im Bundestag im Jahr 1972 eher erleichtert. Man muß sich erinnern: 1963 erst war der Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen abgeschlossen worden. 1972 wurden die ersten Botschafter ausgetauscht.

Sicherlich war ein Grund für die polnische Initiative die Hoffnung auf eine konziliantere Haltung der deutschen Bischöfe in der *Grenzfrage*. Schließlich war erst im Oktober 1965 die Denkschrift der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinem östlichen Nachbarn“ mit positiver Tendenz der Anerkennung

des neuen (polnischen) Rechts auf Heimat veröffentlicht worden.

Die deutschen Bischöfe konnten der politischen Entscheidung nicht vorgreifen. Auch der Bensberger Kreis, der drei Jahre später sein Memorandum veröffentlichte, hatte noch keine Anerkennung der Grenzen gefordert. Er hat das Verdienst, vor allem auf das Heimatrecht hinzuweisen, das auch den Polen in der damals zweiten und jetzt dritten Generation erwachsen ist. In einem Gutachten hatte der Kirchenhistoriker *Hubert Jedin* die Bischöfe gewarnt, die völkerrechtlichen Grenzen ihres Handelns (vorbehaltlich eines Friedensvertrages) zu überschreiten. Sicherlich hatten manche polnischen Bischöfe mehr erwartet. Vor allem auch der Initiator der Botschaft, der spätere Erzbischof von Wrocław (Breslau), Kardinal *Kominek*. Bischof Hengsbach von Essen, federführend auf der deutschen Seite, gelang es, die Abstimmungen „zwischen den Fronten“ herbeizuführen. Er hat große Verdienste am Zustandekommen des Briefwechsels.

Der Anfang des Dialogs

Die polnische Botschaft war sehr stark von geschichtlichen Darstellungen bestimmt. Ärgernis erregten die direkten Bezüge: zum Deutschen Orden (in Polen Kreuzritter genannt), zu Friedrich dem Großen und den polnischen Teilungen, zu Bismarck und schließlich zu Adolf Hitler. Mit Recht wurde von den Bischöfen aufgelistet, wie viele Verbrechen in Polen während des Zweiten Weltkrieges begangen wurden, daß das Land mit Tötungsfabriken übersät war, daß der Überfall der Deutschen von vorneherein als ein Vernichtungskrieg gegen das polnische Volk, gegen die Nation und das Land gerichtet war. Polen sollte einfach ganz von der Landkarte verschwinden.

Die Vertreibung und die Flucht wurden als Probleme nicht verschwiegen, erscheinen jedoch als Frucht eines verbrecherischen Krieges, gehen auf das Konto Hitlers, schließlich der Alliierten und ihrer Potsdamer Beschlüsse. Mit Rücksicht auf eines der größten Tabus in Polen und im gesamten Ostblock wurde der Geheimvertrag zwischen Berlin und Moskau im August 1939, der praktisch zur vierten Teilung Polens führte, verschwiegen! Die polnischen Bischöfe sprachen von einer furchtbaren Nacht, die über Polen hereingebrochen war, von nicht vernarbten Wunden, von einer fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage, aber auch von dem Gebot der Stunde: „Versuchen wir zu vergessen! Keine Polemik, kein weiterer Kalter Krieg, sondern der Anfang eines Dialoges ...“

Der Brief war einer von 56, die anlässlich der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens (1966) an die Bischofskonferenzen verschickt worden waren. Handelte es sich bei den anderen um 55 freundliche Routineeinladungen, war der deutsche Brief von vorneherein ein Politikum. Kardinal Wyszyński rechnete auch aufgrund des Inhaltes mit einer möglichen Auseinandersetzung gegen-

über der polnischen Kommunistischen Partei. Schon zu diesem Zeitpunkt, als die Bischöfe zur Schlußphase des Konzils in Rom versammelt waren, stand fest, daß die Regierung Gomulka ihre Rivalität mit der Kirche während der konkurrierenden Tausendjahrfeier suchte. Es wäre jedoch völlig falsch, daraus den Schluß zu ziehen, Wyszyński habe Kominek nur gewähren lassen, um später in Polen das innenpolitische Klima anzuheizen, um einen „Kirchenkampf“ zur Erweiterung der Machtbasis der Kirche zu suchen.

Die polnische katholische Kirche war damals weit weniger stark, als sie aus den Auseinandersetzungen um die Solidarität hervorgegangen ist. Es bestand immer wieder die Gefahr der Spaltung durch die Partei. Die Partei selber war nicht so schwach wie im Jahr 1985. Ein Auseinanderfallen von einzelnen Positionen innerhalb der Bischofskonferenz war möglich. Auch versuchte immer noch die Pax-Vereinigung, die katholischen Laien zu spalten. Daß Kardinal Wyszyński in der Sache hart blieb, der Auseinandersetzung nicht aus dem Weg ging, schließlich im Mai 1966 in Tschenstochau dem Volk das „Wir vergeben“ trotz aller staatlichen Gegenpropaganda abrang, trotz aller Verfälschungen des Inhaltes, trotz aller unfairen Kampagnen, das war seine große Leistung. Das hat auch den Grund für seine spätere Autorität gelegt, auch in den harten Zeiten der innenpolitischen Machtkämpfe mit Parteisekretär Gierek.

Daß die Bischöfe um Vergebung baten, wurde ihnen selbst in Teilen des polnischen katholischen Volkes übel angekreidet, auch innerhalb der sonst sehr loyalen katholischen Znak-Gruppe, von Pax ganz abgesehen, die sofort im Auftrag der Regierung das Trommelfeuer in ihren publizistischen Organen eröffnete.

Ergebnis vieler Kontakte

Die Antwort der deutschen Bischöfe war erheblich kürzer. Im Vordergrund stand die Bitte um Verzeihung. Die Botschaft war stärker theologisch geprägt. Mit schlichten Worten wurde gesagt, daß die Gotteskindschaft von Polen und Deutschen die Versöhnung herausfordert. Die Vertriebenen werden von dem Vorwurf des Revanchismus in Schutz genommen. Es wurde die Hoffnung geweckt, daß es zu einer politischen Lösung kommen werde, zumal nicht verschwiegen wurde, daß in Polen eine neue Generation herangewachsen sei. Zum Schluß hieß es in Anspielung an den Wortlaut der polnischen Bischöfe: „Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände.“

Die Botschaften der Versöhnung waren keine plötzliche Eingebung des Heiligen Geistes, sondern konkretes Ergebnis von Kontakten auf dem Konzil, auch zwischen Wyszyński und Kardinal Döpfner. Der polnische Primas hat dies auf seiner Reise in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1978 eigens hervorgehoben. Döpfner war noch in Rom als Nachfolger von Kardinal Frings nach der Veröffentlichung der Briefe zum neuen Vorsitzenden der Bischofskonferenz gewählt worden. Es scheint, daß sich

Kardinal Frings in der deutsch-polnischen Frage eher zurückgehalten hat.

Der Brief wurde von den Vertriebenen trotz Kritik als pastorales Dokument im wesentlichen positiv gewertet. Günstig wirkte sich aus, daß Kardinal Döpfner bereits 1960 als Bischof von Berlin darauf hingewiesen hatte: Krieg als Mittel zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen scheidet von vorneherein aus, das deutsche Volk kann nach allem, was in seinem Namen geschehen ist, den Frieden nur unter sehr großen Opfern erlangen. Und für die Zukunft sei die Gemeinschaft der Völker wichtiger als Grenzfragen.

Wichtig war auch das vatikanische Umfeld. Der Vatikan hatte zu dieser Zeit bereits eingesehen, daß es keinen Weg gab, ohne die polnischen Bischöfe einen Modus vivendi in Polen zu erreichen. Paul VI. hatte den großen Wunschtraum, Polen zu besuchen, vor allem im Kloster Tschestochau die Mitternachtsmesse im Jahr 1966, dem Jahr des Millenniums, zu feiern. Er sollte sich nicht erfüllen. Es gibt aber keinerlei Hinweise, daß die vatikanische Seite die deutschen und polnischen Bischöfe zum Briefwechsel zusammengeführt hat. Das wird auch von Bischof Hengsbach energisch dementiert.

Der Briefwechsel war kein isolierter historischer Vorgang. Er war Etappe auf dem Weg und zeigt die Auseinandersetzungen der damaligen Zeit, aber auch die heute noch schwebenden Probleme. Er wurde jedoch für die Folgezeit wegweisend. Entscheidend ist, daß die kirchlichen Kontakte sich zu dem Zeitpunkt weiterentwickeln konnten, als auch politisch durch den Warschauer Vertrag dem polnischen Sicherheitsbedürfnis mehr Rechnung getragen wurde.

Durch die Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen wurden zahlreiche Kontakte unterbrochen, die in den letzten Jahren auch zwischen den Katholiken geknüpft worden waren. Aber die materielle Hilfe, die nach Polen ging, ist nicht vergessen. Die vielen Kontakte, die Briefe, nicht zuletzt die Hilfe in der Not sind ein Kapital für die Zukunft,

das nicht verspielt werden darf. Es sind nicht nur Pakete nach Polen gegangen. Zehntausende von Freundschaften sind entstanden.

Gelassen weitere Schritte tun

1985 sieht Polen anders aus als 1965 und 1980. Das Land ist wirtschaftlich und Gesellschaftlich weitgehend ruiniert. Die Kirche hat eine größere Verantwortung für die Erhaltung und Förderung der Nation übernommen. Die Partei ist immer noch völlig geschwächt. Die Kirche ist fast so mächtig wie zur Zeit von Kardinal Wyszynski. Innenpolitische Vorgänge haben heute Priorität. Das schlägt sich auch in der Haltung der Kirche nieder, auch in den deutsch-polnischen Beziehungen, wobei der Spielraum der Laienorganisationen eingeschränkt worden ist.

Verhängnisvoll wäre es, wenn in Polen, auch in kirchlichen Kreisen, die Tendenz fortschreiten würde, für eigene Versäumnisse in einer Art Sündenbockprojektion immer wieder auf die Vertriebenen hinzuweisen, sie zu Revanchisten zu machen. Die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkrieges auf deutscher Seite sind die Flüchtlinge und Vertriebenen. Sollen sie sich als Mitglieder einer Kollektivschuldgemeinschaft fühlen, einer Kollektivschuld, von der sich die polnischen Bischöfe mehrmals distanziert haben?

Einem friedlichen Verhältnis steht immer noch die Ungleichheit der Beziehungen entgegen. Die Deutschen sind materiell die Gebenden, die Polen die Nehmenden. Das erfordert auf der einen Seite Zurückhaltung und Takt, auf der anderen Seite darf der Unmut des Empfangenden über seine wirtschaftliche Lage nicht dazu führen, den Schenkenden zu beschimpfen.

Wer bis zu dieser Stelle des schwierigen deutsch-polnischen Verhältnisses vorgedrungen ist, darf gelassen und geduldig weitere Schritte tun. Er darf aber nicht einfach warten. Auch müssen die Deutschen lernen, daß der Verzicht auf diesem Feld zu einem unverzichtbaren politischen Mittel geworden ist.

Reinhold Lehmann

Die Bedeutung des Glaubens für die Ethik

Kongreß der Moraltheologen und Sozialethiker in Brixen

Jede wissenschaftliche Disziplin muß von Zeit zu Zeit auf sich selbst reflektieren, um sich über ihr Aufmerksamkeitsspektrum, ihre Methoden und Erträge Rechenschaft zu geben. Die Notwendigkeit solcher Inspektion ergibt sich aber auch daher, daß die vielfältigen Ansätze und unterschiedlichen Positionen nur so lange wahrheitsfähig bleiben, als sie miteinander im Gespräch sind, sich prüfend einander aussetzen und für die Verarbeitung von Einwänden und neuen Einsichten offen sind.

Wie dringlich solche Gespräche sind, zeigte sich bereits an der großen Teilnehmerzahl, die sich zum 22. Interna-

tionalen Kongreß der Moraltheologen und Sozialethiker in der Cusanus-Akademie Brixen/Südtirol (die Gesamtleitung hatte *Karl Golser*, Brixen) trafen. Zwar hatte sich bereits ein früherer Kongreß (Fribourg 1977) Grundlagenfragen gewidmet (vgl. HK, November 1977, 576–581), doch zeigen sich sowohl das Schrifttum wie der Diskussionsverlauf bei den vorangehenden Kongressen über „Kompromiß“, „Information und Gewissen“ und „Recht und Sittlichkeit“, daß die Fragen der Begründung von Normen, der Vernünftigkeit der Ethik und der Bedeutsamkeit des Glaubens noch immer nicht hinreichend